

Sperrfrist bis Dienstag, 16. August 2022, 100 Sekunden vor 12 Uhr Mittags!

Factsheet Deutschland

Um die globale Erhitzung deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad zu halten – wozu sich Deutschland mit seiner Unterschrift unter das Pariser Klimaabkommen völkerrechtlich verbindlich bekannt hat - dürfen nicht mehr beliebig viele Treibhausgase ausgestoßen werden. Für Deutschland ermittelten der Weltklimarat und der Sachverständigenrat Umwelt ein CO₂-Restbudget von 3-6 Gigatonnen, bevor es gegen dieses Ziel verstößt bzw. auf Kosten anderer Länder und künftiger Generationen lebt.¹ Das Bundesverfassungsgericht bezieht sich in seinem „Klimaurteil“ vom April 2021 auf diese Berechnung und warnt die Politik ausdrücklich, dieses Restbudget vor 2030 aufzubrechen, weil künftigen Generationen sonst „gravierende Freiheitseinbußen zum Schutz des Klimas“ drohen würden.²

Statt sparsam mit diesem Budget umzugehen und sich transparent und unumkehrbar auf einen Reduktionspfad zu begeben, tut Deutschland aktuell viel zu viel, um dieses Budget vorschnell aufzubrechen oder gar zu überschreiten – und dies, obwohl auch der mit fossilen Geldern mitfinanzierte Krieg gegen die Ukraine nahelegt, schleunigst auf Regenerative Energien umzusteuern:

- Bundesregierung und Bundestag ist dem Beispiel anderer Länder noch nicht gefolgt und hat das Bestehen eines Klimanotfalls noch nicht anerkannt. Entsprechend ist dies noch nicht Grundlage des Handelns für Gesellschaft, Wirtschaft und die Politik.
- Das „Klimaurteil“ des Bundesverfassungsgerichts gibt der Bundesregierung viele Hausaufgaben für eine generationengerechte Erlangung des 1,5 Grad Zieles, die nicht angemessen angegangen werden.³
- Zwar gibt es ein Gesetzespaket für den Umstieg auf regenerative Energien bei Strom („Osterpaket“), auf Drängen der FDP wurde aber als Zwischenziel herausgestrichen, dass Deutschlands Energiesektor 2035 klimaneutral wirtschaften soll.⁴
- Vor der Sommerpause gelingt es der Bundesregierung nicht, ein einheitliches Konzept zur Erreichung der Klimaziele vorzulegen, weil keine Einigung mit dem von der FDP geführten Verkehrsministerium möglich war. Eine Einigung auf Bundesebene auf sektorale Sparziele und Zeitpfade wäre aber entscheidend, um diese auch auf Bundesländern und Kommunen herunterbrechen zu können.
- Wenig überraschend, gab der Expertenrat Klima ein vernichtendes Urteil in seinem Gutachten 2022 ab: Die Klimaziele des Verkehrsministeriums seien so ambitionslos, dass sich nicht mal eine ernsthafte Prüfung lohne. Wissing vertagt alle Auflagen, die sein Haus erfüllen müsste, in eine ungefähre Zukunft. Im SPIEGEL war zu lesen „Ist das noch schlechter Klimaschutz oder ist das schon Arbeitsverweigerung?“⁵

¹ https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020_2024/2022_06_fragen_und_antworten_zum_co2_budget.html

² <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html>

³ Aus dem „Klimaurteil“ ergibt sich, vereinfacht gesagt, dass die Bundesregierung als Zeichner des Pariser Abkommens zuständig für die Umsetzung der dortigen Beschlüsse sind und Länder und Kommunen von den Vorgaben (Sektor-Einsparziele & Fahrpläne) sowie der finanziellen Unterstützung abhängig sind.

⁴ <https://twitter.com/tazKlima/status/1548604148446273537> <https://www.klimareporter.de/strom/osterpaket-wird-nochmal-aufgeschnuert>

⁵ <https://www.tagesschau.de/inland/klimaplan-wissing-101.html>

Sperrfrist bis Dienstag, 16. August 2022, 100 Sekunden vor 12 Uhr Mittags!

- Es gehen immer noch viermal so viel steuerfinanzierte Subventionen in fossile als regenerative Energien,⁶ aktuell verdoppeln sich laut einer Studie der OECD/IAE die für fossile Energien ausgegebenen Subventionen weltweit sogar.⁷
- Die Bundesregierung gibt mehr Geld für einen Tankrabatt als für das 9 Euro Ticket aus.⁸
- Sie weigert sich, das Dienstwagenprivileg mit Entfernungspauschale anzutasten, womit ein 365 Euro Ticket bundesweit leicht zu finanzieren wäre.⁹
- Sie investiert mehr Geld in Straße als in Schiene, zum Teil versucht sie das zu verschleiern,¹⁰ zum Teil ganz offen: Im Haushaltentwurf 2023 der Bundesregierung stehen 3,8 Milliarden Euro für Fernstraßen, aber nur 2,1 Milliarden Euro für Schienenwege.¹¹
- Und: während Bahnunternehmen für die Nutzung von Schienen zahlen müssen („Schiene-maut“)¹² ist die Nutzung von Straßen für Autofahrer kostenlos, da vom Steuerzahler allgemein finanziert. Diese „Gratismentalität“ gehört tatsächlich beendet (Chr. Lindner), etwa durch eine PKW Maut.
- Sie fördert lieber den Motorisierten Individualverkehr mit der Unterstützung einer höheren Pendlerpauschale,¹³ Kaufprämien für EAutos¹⁴ oder Lobbyieren für ein Fortbestehen des Verbrennermotors mit EFuels¹⁵ als den Öffentlichen Personennahverkehr
- Die Bundesregierung kämpft bestenfalls halbherzig für eine Agrarwende und geht nicht ernsthaft gegen Agrarindustrie, Flächenförderung und -schutz, Renaturierung, Pestizide und fossil gewonnene Düngemittel vor.¹⁶ Es wird jedoch anerkannt, dass dies auch im Blick auf das absehbare Verhalten agrarstarker Bundesländer im Bundesrat geschieht.
- Sodann setzt die Bundesregierung auf fossiles Gas als Brückentechnologie und verhindert nicht, dass Gas in der EU-Taxonomie als „nachhaltig“ eingestuft wird.
 - Dadurch riskiert sie eine Verzögerung in der Energiewende,¹⁷ denn sie investiert Milliarden in einen klimaschädlichen Energieträger und Infrastruktur statt in Alternativen wie Wärmepumpen, Geothermie und Biomasse.¹⁸

⁶ So verzeichne der aktuelle Subventionsbericht der Bundesregierung Hilfen von 16,2 Milliarden Euro, denen ein Umwelt- oder Klimanutzen attestiert werde. Gleichzeitig aber komme das Umweltbundesamt für 2018 auf umweltschädliche Subventionen von 65,4 Milliarden Euro. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bundesrechnungshof-klimaschutz-subventionen-1.5553960>

⁷ „Insgesamt belaufen sich die Zahlungen für Fossile demnach auf insgesamt 697,2 Milliarden US-Dollar. Im Jahr davor waren es noch 362,4 Milliarden US-Dollar gewesen. Für 2022 gehen die Autor:innen davon aus, dass die Subventionen weiter steigen – auf Grund des weiter zunehmenden Energiebedarfs und [deutlich stärker steigender Energiepreise.](https://taz.de/Studie-von-OECD-und-IEA/!5878823/)“ <https://taz.de/Studie-von-OECD-und-IEA/!5878823/>

⁸ Tankrabatt 3,1 Milliarden, 9 Euroticket 2,5 Milliarden

⁹ https://www.greenpeace.de/publikationen/220718_Klimaticket_Kostenvergleich_0.pdf

¹⁰ <https://www.n-tv.de/politik/Wissing-soll-bei-Investition-in-Schiene-tricksen-article23271463.html>

¹¹ Siehe am Ende des Berichts <https://www.zdf.de/politik/frontal/verkehr-politik-strasse-gegen-schiene-100.html>

¹² <https://www.allianz-pro-schiene.de/glossar/trassenpreise/>

¹³ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/christian-lindner-fordert-deutliche-erhoehung-der-pendlerpauschale-a-8aa32b71-aba2-4f5d-93dc-35ab0c1c6c1a>

¹⁴ <https://www.elektroauto-news.net/2022/spd-beharrt-auf-fortfuehrung-e-auto-kaufpraemie>

¹⁵ <https://www.heise.de/meinung/Verbrenner-Aus-Die-FDP-E-Fuels-und-das-leere-Gerede-ueber-Technologie-offenheit-7157003.html>

¹⁶ <https://www.deutschlandfunk.de/agrarwende-ukraine-getreide-landwirtschaft-lebensmittelkrise-100.html>

¹⁷ https://www.diw.de/de/diw_01.c.844883.de/nachrichten/warum_erdgas_keine_brueckentechnologie_ist.html

¹⁸ <https://www.derstandard.de/story/2000135092889/wie-zukunftsfaehig-ist-neue-infrastruktur-fuer-fluessig-gas>

Sperrfrist bis Dienstag, 16. August 2022, 100 Sekunden vor 12 Uhr Mittags!

- Sie zementiert durch langfristige Lieferverträge Abhängigkeit¹⁹, darunter von autoritären Regierungen, deren menschenrechtsverletzende Politik, Terror- und Kriegsförderung sie mitfinanziert²⁰
- Sie diskutiert Pläne, Öl im Weltnaturerbegebiet der Nordsee zu bohren
- Die Bundesregierung kauft durch Fracking gewonnenes Öl und Gas, obwohl diese Technologie in Deutschland nicht zugelassen ist.
- Sie verweigert sich einem Tempolimit, obwohl allein durch Tempo 100 auf Autobahnen über 1,7 Milliarden Liter Sprit und über 5 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden könnten.²¹ Gleiches gilt für die Einführung eines Autofreien Sonntags.
- Deutschland zementiert Armut und Rückständigkeit im Globalen Süden, indem wir uns auf deren Kosten die Energieversorgung sichern und durch die Förderung fossiler Projekte, etwa im Senegal, die dortige Energiewende verzögert.²²
- Um Vorstellungen der Bürger besser einzubeziehen und eine Umsetzung von Beschlüssen sicherzustellen ist die Einsetzung von BürgerInnenräten erforderlich.²³

All diese Weichen werden gestellt, obwohl selbst die Internationale Energie Agentur darlegt, dass zur Sicherung der Versorgungssicherheit keine Notwendigkeit besteht, neue Kohle, Öl und Gasfelder zu erschließen.²⁴ Und obwohl es Alternativen gäbe, wenn man sie denn fördern würde: Deutschland könnte bis 2030 komplett mit regenerativer Energie versorgt werden.²⁵

PolitikerInnen sind, folgend ihrem Amtseid, verpflichtet, den Nutzen des Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Als öffentliche Verantwortungsträger haben sie einen privilegierten Zugang zu Medien und anderen Optionen, das Wissen über die herausziehenden Bedrohungen, aber auch Chancen, zu kommunizieren.

Die Bundesregierung nützt nicht die der Bevölkerung durch den Ukrainekrieg deutlich gewordene Abhängigkeit von fossilen Energien. Statt einen klaren und zügigen Ausstiegsplan plus Einsparzielen unter diesen Krisenbedingungen zu kommunizieren, erfolgt der hektische Versuch, sichtbare Lücken mit herkömmlichen Lösungen zu stopfen. Dies zeigt, dass die Bundesregierung fest in der Hand fossiler Lobbys ist, wenngleich sich dies bei den drei Koalitionspartnern unterschiedlich darstellt.

Der Wissenschaft und ihnen verbundenen zivilgesellschaftlichen Gruppen gelingt es dagegen nicht, die Bundesregierung von ihrem Kurs abzubringen. Und so ist unsere Blockade heute unser Beitrag zum „Stopp dem fossilen Weiter-So“ und ein weiterer verzweifelter Versuch, Gesellschaft und Politik angesichts der aufziehenden Herausforderungen zu alarmieren und in angemessenes Handeln zu bringen.

¹⁹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/enbw-Ing-lieferung-101.html>

²⁰ <https://www.rnd.de/wirtschaft/fluessigas-lieferung-katar-fordert-liefervertraege-mit-extrem-langen-laufzeiten-ZP47K74D5VF3FK4RT3S2MXW7DA.html>

²¹ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/klimaschutz-generelles-tempolimit-wie-viel-sprit-wird-gespart-/28244294.html>

²² <https://finanzmarktwelt.de/in-pakistan-gehen-die-lichter-aus-europa-kauft-jeden-verfuegbaren-Ing-tanker-239231/>

²³ Der Bürgerrat Klima belegt: Wissenschaftlich beraten, professionell moderiert und ohne Lobbyisteneinfluss sind BürgerInnen zu weitreichenden und angemessenen Maßnahmen bereit. BürgerInnenräte stellen zudem sicher, dass die Umsetzung langfristiger Maßnahmen durch wechselnde parlamentarische Mehrheiten nicht gefährdet werden.

²⁴ <https://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/internationale-energieagentur-fordert-stopp-aller-neuen-oel-und-gasprojekte-a-82009f14-2a7b-437b-a939-a4e2b7eced9e>

²⁵ <https://www.energywatchgroup.org/neue-studie-100-erneuerbare-energien-bis-2030-in-deutschland-moeglich/>